

OSTTIMOR

Einer besseren Zukunft entgegen



Luxushotel in der Hauptstadt von Osttimor. Bewohner des angrenzenden Flüchtlingslagers hängen ihre Kleidung zum Trocknen in den Bäumen auf. (Foto: Gilles Bouché)

Fast ein Jahr nach Beginn der Unruhen ist die Gesellschaft im südostasiatischen Inselstaat Osttimor noch immer gespalten. Lokale NGO sind indes um Demokratisierung bemüht.

Tritt man vor die Ankunftshalle des Flughafens von Dili, wird man von Taxifahrern, Zigarettenverkäufern und der feuchtwarmen Luft der Tropen empfangen. Direkt gegenüber vom Nicalau Lobato Airport, nur zwanzig Meter entfernt, erstreckt sich ein Flüchtlingslager, Zelt an Zelt, wie ein bunter Flickenteppich. Die Eisenstangen, mit denen Jugendliche umherschleudern, scheinen niemanden zu beunruhigen. Sie sind wohl mehr fashion-statement als Drohgebärde. Willkommen in Dili, Osttimor - der Hauptstadt eines Landes, in dem die staatlichen Institutionen noch im Aufbau begriffen sind und wo Politik mehr bedeutet, als die Feinabstimmung eines fertigen Systems.

In den Berichten und Reportagen über das Land ist häufig nur von der Gewalt die Rede, das gängige Bild wird auf Osttimor als Krisengebiet und gescheiterten Staat reduziert. Und auf das Klischee der traumatisierten Jugendlichen, die sich in Gangs zusammenschließen, weil sie angeblich nichts anderes kennen als Gewalt.

Gewiss, die Gewalt lässt sich nicht ganz ausklammern. Sie prägt das Lebensgefühl in Dili und diktiert vor allem den Alltag der rund 29.000 Menschen, die in über die Stadt verstreuten Zeltlagern ausharren, weil ihre Häuser zerstört wurden oder weil sie Angst haben, in ihre Viertel zurückzukehren. So wie Julio, der mit seiner vierzehnköpfigen Familie, darunter drei schwangere Frauen, im Jardim wohnt, einem Lager direkt gegenüber vom luxuriösen Hotel Timor, wo die "malae", die Ausländer,

sich zum Kaffee verabreden. Wenn es regnet, verwandelt sich das Lager in ein Schlammloch. Die Jugendlichen lassen ihren Frust an den Autos aus, die im Vorbeifahren die Zelte nass spritzen.

Auslöser der Unruhen

Die gegenwärtige Lage lässt sich nicht verstehen ohne die Erwähnung dessen, was man in Osttimor schlicht "die Krise" nennt. Am 28. April 2006 geriet eine Demonstration ehemaliger Soldaten außer Kontrolle. Die Soldaten aus dem Westen des Landes (Loro monu) waren entlassen worden, nachdem sie Anfang des Jahres Diskriminierungsvorwürfe gegen Vorgesetzte aus dem Osten (Loro sae) erhoben und ihre Kasernen verlassen hatten. Bei Kämpfen zwischen den Demonstranten und den timoresischen Sicherheitskräften - Einheiten der völlig überforderten Polizei und der überstürzt eingesetzten Armee - wurden fünf Menschen getötet, dreiundzwanzig weitere verletzt.

In den folgenden vier Wochen löste sich die Polizei fast vollständig auf. Teile der Armee desertierten unter der Führung des Majors Alfredo Reinado. Waffen gerieten in die Hände von Zivilisten, Gerüchte von Massakern kursierten, Polizisten und Soldaten bekämpften einander entlang ethnischer Linien. Über zweitausend Häuser wurden niedergebrannt, dreißig Menschen kamen ums Leben. Erst ein Einsatz internationaler Sicherheitskräfte unter australischer Führung sorgte - und sorgt bis heute - für Ruhe.

Die Krise offenbarte die Schwäche der Sicherheitsdienste und die Unerfahrenheit der politischen Verantwortlichen. Innenminister Rogerio Lobato, der Waffen an Zivilisten verteilte, als die Polizei zu zerfallen drohte, musste zurücktreten und steht zurzeit vor Gericht. Unter dem Druck des populären Präsidenten Xanana Gusmao gab Premierminister Mari Alkatiri sein Amt an José Ramos-Horta ab. Vorwürfe, Alkatiri habe von der Waffenvergabe gewusst oder sie gar veranlasst, konnten jedoch nicht erhärtet werden.

Seither wurde viel getan, um die gegnerischen Fraktionen zu versöhnen und den Ost-West-Konflikt beizulegen. Die Gewalt hat indes andere Formen angenommen. So genannte Martial-Arts-Gangs, vor allem die verfeindeten Banden mit den Namen "7-7" und "PSHT", bekämpfen einander in meist nächtlichen Zusammenstößen mit Steinen, Macheten, Pfeilen und vereinzelt auch mit Schusswaffen, wobei im Januar sechs Menschen getötet wurden. Die Motive der meist männlichen und arbeitslosen Jugendlichen sind uneindeutig, ihre Aktionen sind teils spontan, teils ferngesteuert: Rivalisierende Gangs kämpfen um Ansehen und um die Kontrolle einzelner Viertel, in denen manche Schutzgeld von den örtlichen Ladenbesitzern fordern. Die Gangstrukturen werden auch genutzt um persönliche Feindschaften, etwa um Besitzansprüche, auszutragen. Ethnische und parteipolitische Zuordnungen spielen ebenfalls eine Rolle. Doch meistens

steht wenig mehr dahinter als Alkohol und Testosteron.

Im Vorfeld der für den neunten April angesetzten Präsidentschaftswahlen wächst die Angst vor politisch motivierter Gewalt. In den vergangenen zwei Wochen organisierte die Nationale Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden (MUNJ) mehrere bislang friedliche Demonstrationen. Die Organisation protestiert gegen die Einstellung des Verfahrens gegen Alkatiri und gilt als politischer Arm des so genannten Rebellenführers Reinado, der sich mit rund 50 bewaffneten Gefolgsleuten in Ermera, nahe der Hauptstadt, verschanzt. Während der Krise ergriff Reinado Partei für die Demonstranten und ist seitdem in den zehn westlichen Distrikten sehr populär. Seinen politischen Ambitionen steht jedoch ein ihm drohender Haftbefehl im Weg. Am 23. Mai beging Reinado den Fehler, vor der laufenden Kamera eines australischen Fernseheteams das Feuer auf Soldaten zu eröffnen. Zurzeit verhandelt er mit Vertretern der Regierung, der Staatsanwaltschaft und der Armee die Bedingungen seiner Aufgabe und versucht, durch die Mobilisierung seiner Anhängerschaft seine Verhandlungsposition zu stärken.

Auf die Frage nach den Ursachen der Krise gibt es keine kurze Antwort. Etliche Theorien wetteifern um die Deutung der komplexen Zusammenhänge. Die Komplexität verweist immerhin auf das Hauptproblem: Die Einigkeit, der die Timoresen ihre Unabhängigkeit verdanken, konnte nicht in die Rekonstruktionsphase hinübergerettet werden. Nach dem Abzug der indonesischen Besatzer brachen alte Fraktionen wieder auf, neue kamen hinzu. Eine der instabilen und sich vielfach kreuzenden Linien verläuft zwischen Veteranen der Guerillaarmee Falintil und zivilen Widerstandskämpfern. Beide Gruppen fordern Anerkennung für ihren Beitrag im Unabhängigkeitskampf und spielen die Rolle der jeweils anderen Gruppe herunter. Da die meisten Veteranen aus dem Osten stammen, die meisten zivilen Widerstandskämpfer hingegen aus den bevölkerungsreicheren Städten im Westen, entwickelte sich die Spannung im Vorfeld der Krise zum Ost-West-Konflikt, der sich dann verselbständigte.

Ost-West-Konflikt

Die ethnische Zusammensetzung der nationalen Sicherheitskräfte bedingte die Ausweitung der Unruhen zu einem Konflikt zwischen Elementen der Armee (F-FDTL) und der Polizei (PNTL). Beim Aufbau der F-FDTL, zum Teil aus Beständen der Falintil, gingen die meisten höheren Posten an Veteranen aus dem Osten, die im Folgenden beschuldigt wurden, Ostler bei Beförderungen zu bevorzugen. Nach der Entlassung von 591 Soldaten aus dem Westen, bestand die Armee hauptsächlich aus Ostlern. Die PNTL hingegen rekrutierte vor allem Beamte aus den westlichen Distrikten.

Die Entstehung von Interessengruppen ist an sich Teil eines Normalisierungsprozesses und gerät erst durch den Man-

gel an verlässlichen Schlichtungsmechanismen zum Problem. Während staatliche Institutionen, allen voran Polizei und Justiz, mit Hilfe der UN professionalisiert und der Einflussnahme durch Interessengruppen entzogen werden müssen, ist die Schwäche des bürokratischen Apparats und der politischen Parteien zugleich eine Chance, da sie lokalen NGO Handlungsspielräume eröffnet.

Den lokalen NGO fällt die wichtige Aufgabe zu, die Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Osttimors staatliche Institutionen sind demokratisch legitimiert, aber nicht organisch gewachsen. Von 1999 bis 2002 wurde Osttimor von den Vereinten Nationen regiert, während der Nationale Rat des Timoresischen Widerstandes (CNRT), der die Timoresen im Widerstandskampfeinte, lediglich konsultiert wurde. Internationale NGO weigerten sich, direkt mit dem CNRT, dessen Legitimität nicht anerkannt wurde, zu kooperieren. Der top-down Ansatz, Institutionen von UN-Experten entwerfen zu lassen, wurde mit dem Hinweis auf den Mangel an qualifizierten Einheimischen und die Dringlichkeit der Aufgabe begründet. Sukzessive wurden die fertigen staatlichen Strukturen an die einheimische Bevölkerung übergeben.

Lokale NGO versuchen nun nachträglich, die Kluft zwischen der breiten Bevölkerung und ihren eigenen Institutionen zu schließen. "Lao Hamutuk" etwa veröffentlicht ein in einfacherer Sprache gehaltenes "Surat Popular", mit dem sie die Bevölkerung über Themen, die von Agrikultur bis zur World Bank reichen, aufklären. Die aus fünf Timoresen bestehende NGO publiziert ebenfalls sehr hochwertige und kritische Berichte über die Aktivitäten der UN-Agenturen sowie der internationalen NGO und nationalen Behörden und organisiert Diskussionsrunden mit Entscheidungsträgern und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Die nationale Universität entwickelt nun Studiengänge in Community Development, die die Studenten befähigen sollen, Bedürfnisse in ihren Gemeinschaften zu identifizieren und entsprechende NGO zu gründen. Doch bereits jetzt fehlt es nicht an sehr engagierten und für westliche Verhältnisse sehr politisierten Jugendlichen, die Osttimor einer besseren Zukunft entgegenführen wollen.

Gilles Bouché